

RENATE BRAUNER: STELLENWERT UND BEDEUTUNG KOMMUNALER DIENSTE IN WIEN



Mag^a. Renate Brauner ist Vizebürgermeisterin sowie Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je klar Position zu beziehen, das gilt besonders dann, wenn man wie ich nicht nur für Wirtschaft und Finanzen in Wien zuständig ist, sondern auch für einen beträchtlichen Teil der kommunalen Unternehmungen unserer Stadt, über die wir heute ja diskutieren.

Zu meinem Ressort gehören nicht nur die Wiener Stadtwerke, mit Wien Energie und den Wiener Linien, der Bestattung, den Friedhöfen, sondern auch der große Bereich der Wien Holding, ein Unternehmen mit über 70 Töchter- und Enkelunternehmen, die entweder im Eigentum der Stadt Wien stehen oder in Kooperation mit anderen als PPP-Modelle betrieben werden.

Heute geht es um ein hoch politisches Thema, nämlich um die Frage, welche Rolle spielen kommunale Unternehmungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Welche Rolle spielen unsere Unternehmen in einem leider noch immer konservativ und neoliberal dominierten Europa. Einem Europa, das eine wirtschaftspolitische Linie fährt, die ich persönlich für falsch halte, wo ich aber glaube, dass unsere Positionen und Inhalte hier immer mehr an Stellenwert gewinnen.

Wenn man durch Wien fährt, kann man mit gutem Gewissen sagen, dass Wien trotz vieler Probleme gut durch die Wirtschaftskrise gesteuert ist. Das ist in hohem Ausmaß unseren kommunalen Unternehmungen zu verdanken, die sich in Wien nach wie vor 100 % im öffentlichen Eigentum befinden. Sie sind die Lebensadern der Wirtschaft unserer Stadt.

Wir haben uns in Wien in den vergangenen Jahren sehr bewusst für eine antizyklische Wirtschaftspolitik entschieden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schnüren wir Investitionspakete, setzen Investitionen und ja, wir haben uns in Wien dafür entschieden, dies auch mit Fremdmitteln und einer Neuverschuldung zu bewerkstelligen. Denn wann, wenn nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, ist die Politik gefordert gegenzusteuern und wann, wenn nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, müssen wir alle verfügbaren Instrumente einsetzen, die wir in der Stadt wirtschaftspolitisch

zur Verfügung haben. Diese Politik wäre ohne unsere kommunalen Dienstleister kaum möglich gewesen.

Wir haben unsere Politik in den letzten Jahren gegen viele konservative und neoliberale Angriffe verteidigen müssen. Erinnern sie sich an die Zeit von Schwarz-blau, wo im Bund viel Kronsilber verkauft wurde, alles liberalisiert werden musste und Deregulierung als ein Allheilmittel gesehen wurde. Diese Stimmen sind mittlerweile leiser geworden und durch die geänderten politischen Verhältnisse in Frankreich hat sich auch der politische Diskurs in der EU ein Stück weit verändert. Dennoch gibt es nach wie vor Kräfte in der EU, die Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung durch die Hintertür durchsetzen wollen.

In Wien sehen wir das anders: Unsere kommunalen Dienstleister sind unabdingbar für die Daseinsvorsorge der Menschen und – darauf möchte ich ebenfalls eingehen – sie sind von hoher Bedeutung für die Gesamtwirtschaft, insbesondere da sie der Garant sind für die hohe Qualität unserer Infrastruktur. Für uns war es daher immer klar, dass wir uns gegen diese neoliberalen Vorstellungen wehren, und wir haben diesen Privatisierungstendenzen in keinster Weise nachgegeben.

Was wir aber sehr wohl leben, und das ist sicher ein spannender Punkt für die Diskussion in diesem Kreis, ist, dass wir uns für neue Organisationsformen in unserer Stadt entschieden haben. In diesem Zusammenhang kann man beispielsweise die Wien Energie GmbH nennen, die sich aufgrund europäischer Regeln am Markt bewähren muss. Dies wäre als Magistratsabteilung unmöglich gewesen. Ich weiß, es gibt die große Sorge, dass Ausgliederungen nur ein erster Schritt hin zur Privatisierung sind. In Wien sind sie das aber ganz sicher nicht, das garantiere ich. Ja, wir haben uns dazu entschlossen unsere Unternehmungen auszugliedern, nicht um zu privatisieren, sondern um sie gut für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten. Unsere Unternehmen werden jedenfalls weiterhin zu 100% im Eigentum der Stadt bleiben. Die entscheidende Frage ist aus meiner Sicht die volle Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand über die kommunalen Dienstleister, nicht die Organisationsform.

Warum ist die volle Verfügungsgewalt über unsere Unternehmungen so wichtig: Der entscheidende Unterschied zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft ist, dass sich die Gemeinwirtschaft ausschließlich den Interessen der Bürger und Bürgerinnen verpflichtet fühlen muss. Ich sage immer: Für Privatunternehmen ist die Gewinnmaximierung das oberste Prinzip, die oberste Maxime öffentlicher Unternehmungen ist aber die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger – ein wie ich finde entscheidender Unterschied.

Davon profitiert auch die Wirtschaft, weil gerade infrastrukturelle Maßnahmen auch den Betrieben zugutekommen. Das zeigt auch die sehr erfolgreiche Wiener Ansiedlungsbilanz. Und ich kann mit einigem Stolz sagen, dass dies gerade auch bei internationalen Top-Unternehmen so gesehen wird. Wien ist als Wirtschaftsstandort aus zwei Gründen erfolgreich: Weil wir gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben und wegen unserer ausgezeichneten Infrastruktur. Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade der Beitrag der öffentlichen Unternehmen nicht nur eine stabilisierende Wirkung in der globalen Wirtschaftskrise hat, sondern dass es darüber hinausgehend ohne die gestärkte Rolle der Gemeinwirtschaft keine Lösung der globalen Krise geben wird und geben kann.

Gute Finanzpolitik ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine große Herausforderung für die Kommunen, das möchte ich gar nicht verschweigen. Diese finanzieren mit ihren Budgets im Bereich der Daseinsvorsorge sehr viele wichtige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger – von den Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur Altenbetreuung. Um dies auch in Zukunft sicherzustellen, war es uns Bundesländern bei den Verhandlungen mit dem Bund im letzten Frühjahr so wichtig einen angemessenen Rahmen und Spielräume zu vereinbaren, in denen wir unseren Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Wichtig ist mir aber festzustellen, dass es Finanzierungsinstrumente gäbe, die wir im Moment leider noch nicht nutzen können und zudem eine regulative Wir-

kung auf die Märkte hätten, etwa eine klug umgesetzte Finanztransaktionssteuer. Nachdem eine Umsetzung einer solchen Steuer nicht in unsere Rechtsetzungskompetenz fällt, unterstützen wir hier alle Aktivitäten auf Bundesebene und in Europa.

Dass unsere kommunalen Unternehmen eine stabilisierende Wirkung für die gesamte Wirtschaft haben, habe ich bereits erwähnt. Öffentliche Unternehmungen waren sich auch in der Wirtschaftskrise ihrer sozialen Verantwortung bewusst und haben im Gegensatz zur Privatwirtschaft keine ArbeitnehmerInnen entlassen. Daher gilt es den Privatisierungstendenzen, die in Schüben immer wieder von der konservativen Mehrheit in der EU unternommen werden, Vorschub zu leisten. Dabei sind wir alle gemeinsam gefordert Positionen zu beziehen, die klar machen, wohin dieser Weg führt. Wir müssen uns zur Wehr setzen, auch wenn es Privatisierungsversuche durch die Hintertür gibt.

Welche Lösungsansätze vertritt die konservative Mehrheit in der EU? Sie vertritt primär einen Lösungsansatz, der letzten Endes auf ein alleiniges Dogma des Sparens, auf weitere Deregulierung und auf Privatisierungen setzt, um die öffentliche Hand, die Kommunen, die oft die Kosten der Spekulationen einer entfesselten Finanzwirtschaft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf sich nehmen mussten, zu entlasten. Dieser Weg kann unmöglich den beschriebenen Erfolg haben, ganz im Gegenteil: Er führt Staaten nahe an einen Bankrott heran und lässt zu, dass Unternehmen, die einen hohen Wert für das Gemeinwohl haben, zu Dumpingpreisen verschleudert werden.

Das alles hat einen hohen Preis für uns alle, denn die so genannten Krisenländer Europas haben sich trotz aller Anstrengungen wirtschaftlich noch immer nicht stabilisiert. Vielmehr hat die Strategie des Kaputtsparens dazu geführt, dass ganze Länder innerhalb Europas nahe am sozialen und wirtschaftlichen Kollaps stehen.

Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Ich halte es für eine der größten Katastrophen unserer Zeit, dass in vielen Ländern Europas junge Menschen keine Zukunftsperspektiven geboten werden können, bei einer Jugendarbeitslosigkeit von oftmals 50%. Auch hier beweisen wir mit unseren kommunalen Unternehmen, dass es auch anders gehen kann. So haben etwa die Wiener Stadtwerke gerade wieder 130 neue Lehrlinge aufgenommen.

Ich glaube, dass wir noch mehr dafür kämpfen müssen, unsere Position durchzusetzen. Wir brauchen aber endlich auch in der EU politische Mehrheiten, die diese Sparpolitik, diese Deregulierungspolitik beenden und durch ein europäisches Gegenmodell für Wachstum und Beschäftigung ersetzen. Erst im letzten Monat hat der weltweit größte Kongress der Gemeinwirtschaft CIRIEC in Wien Station gemacht. Dort habe ich gemeinsam mit Staatssekretär Andreas Schieder und dem französischen Minister für Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft, Benoit Hamon, eine Pressekonferenz gegeben, in der wir versucht haben gemeinsam aufzuzeigen, wie wichtig ein gemeinsamer europäischer Weg, der auf Wachstum und Investitionen setzt, ist.

Eines ist aber auch klar: Für die in der Krise so notwendigen Investitionen, für den Gestaltungsspielraum, den wir als Kommunen brauchen, sind geordnete Finanzen unverzichtbar. Für das kommende Wiener Budget haben wir daher in der Wiener Landesregierung einen Reform- und Wachstumspakt beschlossen, der beides berücksichtigt: Den effizienten Einsatz von Mitteln und notwendige Investitionen. Damit sagen wir ja zu notwendigen intelligenten Reformen, ja zu sinnvollen Strukturveränderungen, aber eben gleichzeitig auch ja zum Aus der Krise herausinvestieren. Wir sagen ja zu einer antizyklischen Wachstumspolitik und zu weiteren Investitionen, gerade auch im Bereich der Daseinsvorsorge. Denn die Gemeinwirtschaft, die öffentlichen Unternehmungen sichern die Lebensqualität der Menschen in Österreich. Und sie garantiert Schlüsselinvestitionen und ist damit Garant für den Wirtschaftsstandort Österreich.

Ich bleibe daher dabei: Dienstleistungen von öffentlichem Interesse von der Trinkwasser- und Energieversorgung, bis hin zu Spitälern und öffentlichem Nahverkehr müssen für alle Menschen

leistbar und zugänglich bleiben. In Wien hat daher der Schutz des Wiener Wassers auch Verfassungsrang! Sie verfolgen ja die internationalen Debatten, daher wissen Sie ganz genau, dass dies nicht überall der Fall ist. Gerade in Frankreich oder in Deutschland gibt es nicht von ungefähr einen Trend zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung. Aber auch in anderen Bereichen, etwa der Abfallversorgung sind wir in Wien stolz einen anderen Weg gegangen zu sein.

Denken Sie nur an die bekannten negativen Beispiele von Privatisierungen und Angeboten am freien Markt. Denken wir gemeinsam an die fatalen Auswirkungen der Bankprivatisierung in Großbritannien, denken wir an die Privatisierung des Busverkehrs in London, wo die Zahl der Fahrgäste um 22% zurückgegangen ist, bei Fahrpreisen, die um mehr als ein Drittel gestiegen sind. Denken wir an die Privatisierung des Pensionssystems in Chile oder den Kalifornischen Strommarkt, der nach der Liberalisierung mehrmals zusammengebrochen ist.

Lassen Sie uns also ein für alle Mal Schluss machen mit der Mär, dass Privatisierungen langfristig zu Verbilligungen führen. Das stimmt nicht, und wir können das mit vielen Beispielen belegen. Ganz anders ist bei den kommunalen Dienstleistern, und ich finde, dass Wien hier in vielen Bereichen auch international ein Vorbild ist. Sie kennen die attraktive Preispolitik der Wiener Linien, die dazu geführt hat, dass wir alleine dieses Jahr mehr als 100.000 Jahreskarten verkauft haben und mittlerweile rund 480.000 Menschen mit einer Jahreskarte unterwegs sind. Oder nehmen Sie den konsequenten weiteren Ausbau von U-Bahn und Straßenbahnen, auch während der Krise. Alleine der Ausbau der U1 nach Oberlaa sichert 16.000 Arbeitsplätze und schafft Arbeit für mehr als 200 Firmen. Das zeigt doch wie die Gemeinwirtschaft Impulse in die Privatwirtschaft gibt.

Um das auch mit Zahlen zu unterlegen, darf ich Ihnen ganz kurz die Ergebnisse einer Studie vorstellen, die wir im Rahmen des Verbands der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft in Auftrag gegeben haben, vorstellen:

Die Studie hat bewiesen, dass jeder Euro, der in kommunale Infrastruktur investiert wird, insgesamt 1,7 Euro an Wertschöpfung für die gesamte Volkswirtschaft hervor-bringt. Und jeder Arbeitsplatz bei diesen Unternehmen erhält weitere 1,8 Arbeitsplätze in der Region. Kommunale Dienstleistungsunternehmen haben in den vergangenen Krisenjahren ihren Beschäftigungsstand weitgehend stabil gehalten und wesentlich zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaft beigetragen.

Dem gegenüber stehen private Unternehmen, etwa der deutsche Energieversorger E.ON, die in der Krise viele Mitarbeiter gekündigt haben. Es zeigt sich aber auch, dass die Gewinne kommunaler Unternehmungen im Vergleich zu Privaten geringer sind, die Investitionsquote dafür aber deutlich höher ist und langfristige Planung spielt eine viel wichtigere Rolle. Die Produkte der kommunalen Unternehmungen sind insgesamt günstiger, werden für die gesamte Bevölkerung angeboten und die Qualität und die Versorgungssicherheit sind höher als im privaten Bereich.

Die kommunalen Dienstleistungen sind gut für die Kunden und Kundinnen und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung. Allein die untersuchten Wiener Infrastrukturunternehmungen erwirtschafteten 1,7 Milliarden Euro selbst an Wertschöpfung und sind darüber hinaus auch noch für Nachfrage- und Beschäftigungseffekte, für insgesamt 6 % des gesamten Wiener Bruttoregionalproduktes verantwortlich.

Die untersuchten Wiener Betriebe beschäftigen rund 18.500 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und nicht nur das: Insgesamt werden in der gesamten Volkswirtschaft mehr als 50.000 Arbeitsplätze geschaffen und erhalten.

Ich möchte jetzt damit aufhören weiter Zahlen zu referieren, aber eines möchte ich schon feststellen: Das widerlegt eindeutig etwas, das uns von der neoliberalen Lehre immer wieder vorgeworfen wird, nämlich die These, dass private Unternehmen perfekt und öffentliche Unternehmen schlecht funkti-

onieren und nur Geld verschleudern würden. Das ist schlichtweg falsch, wir können das Gegenteil beweisen, und wir zeigen, dass öffentliche Unternehmungen gut für den gesamten Wirtschaftsstandort sind.

Gerade jetzt ist es wichtig, dass unsere Infrastruktur weiter versorgt und ausgebaut wird. Die kommunalen Dienstleister tragen dazu eine sehr hohe Verantwortung und kommen dieser auch nach. Wieder ein konkretes Beispiel aus meinem Bereich: AI-leine die Wiener Stadtwerke, vor allem die Wien Energie und die Wiener Linien, werden in den kommenden Jahren mehr als 4,4 Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren und damit weit über 30.000 Arbeitsplätze erhalten. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie um folgendes bitten: Die kommunalen Dienstleister arbeiten in unserer Stadt auf extrem hohem Niveau, mit Zuverlässigkeitsraten, um die wir international beneidet werden. Lassen Sie sich daher bitte nicht von Pressemeldungen, wie schrecklich denn das Stromnetz in Wien sei und wie viel Stromausfälle es gegeben hat etc., verunsichern. Das Wiener Stromnetz gehört zu den sichersten und besten auf der ganzen Welt.

All das und damit komme ich zum Schluss, gilt natürlich nicht nur für Wien, sondern es gilt auch in Österreich und Europa. Die öffentlichen Dienstleister geben in der gesamten Europäischen Union rund 64 Millionen Menschen Arbeit, das sind rund 30% der Arbeitsplätze. Von den rund 500.000 kommunalen Betrieben werden 26 % des europaweiten Bruttoinlandsproduktes generiert und für Europa unschätzbar wichtige Beiträge in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit erbracht. Ich glaube, dass diese Tagung in einer äußerst wichtigen Zeit stattfindet, denn die Privatisierungstendenzen lassen leider nicht nach. Ich war erst vor wenigen Tagen in Brüssel und habe dort mit einigen VertreterInnen der öffentlichen Wirtschaft diskutiert. Dabei wurde mir wieder einmal bestätigt, dass wir nicht nachlassen im Kampf für öffentliche Unternehmungen. Immer noch werden uns Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierungen als Lösungen und Antworten verkauft und es gibt weiterhin konkrete Versuche diese durchzusetzen. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln wehren. Wichtig finde ich dazu etwa das von vielen Gewerkschaften getragene europäische Bürgerbegehren gegen die Privatisierung des Wassers, eine unterstützenswerte und absolut notwendige Kampagne, die nicht unerwähnt bleiben darf.

Wir dürfen uns aber auch nicht vor der innerösterreichischen Diskussion drücken, in Wien tun wir das ganz sicher nicht. Wir stehen zu unseren öffentlichen Unternehmungen. Ich sage das sehr bewusst auch als für Wirtschaftsfragen zuständige Stadträtin. Die Menschen in unserer Stadt müssen sich auf die öffentliche Hand und ihre Dienstleistungen verlassen können, auf wen sonst?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere kommunalen Dienstleister in Zukunft keine kleinere, sondern eine gewichtigere Rolle spielen werden. Daher möchte ich in dieser Runde zum Abschluss nochmals das klare politische Bekenntnis dazu abgeben, dass in Wien sicherlich nicht privatisiert wird. Wir stehen zu unseren kommunalen und öffentlichen Unternehmungen.

Ich wünsche Ihnen allen jedenfalls einen inhaltlich spannenden Tag voller Diskussion und Vernetzung!